

Deutschlands “Einheitssteuerwahlen”

Eine Steuergerechtigkeitsanalyse der CDU/CSU-Niederlage

Bis kurz vor den Bundestagswahlen vom 18. September war sich fast jeder sicher: Merkels Konservativen würden mit großem Vorsprung den Sieg davon tragen und die rot-grüne Koalition aus dem Amt jagen. Zwei Wochen vor den Wahlen führten CDU/CSU in den Meinungsumfragen mit einer lockeren Mehrheit von 12% vor der SPD. Nur zwei Wochen einer harten Steuerdebatte kosteten Merkels CDU/CSU 8% und ließen den Abstand zur SPD auf 0,9% schrumpfen. Die erhoffte Mehrheit im Bundestag für CDU/CSU-FDP ging verloren. Was steckte dahinter? Was können wir daraus lernen?

Die Mehrheit der Deutschen war überzeugt, dass Schröder und seine rot-grüne Koalition fertig hatten und ausreichend gezeigt hatten, dass sie Deutschland nicht aus der Krise führen können. Der Merkel-Vorsprung in den Umfragen war über viele Monate stabil, obwohl die Konservativen eine Reihe harter Reformen angekündigt hatten. Die Dosis von Schröders neoliberaler Medizin sollte noch erhöht werden, obwohl sie schon unter Schröder nicht wirkte. Im Bereich der Steuerpolitik wollte Merkel die Umsatzsteuer um 2% auf 18% anheben, den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 42% auf 39% absenken und eine Reihe von steuerlichen Ausnahmeregelungen streichen; Regelungen, die vor allem Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen begünstigen. Dazu gehören die Steuerfreiheit von Nacht- und Feiertags- sowie Schichtarbeitszuschlägen und die Kürzung der Entfernungspauschale. Damit würde Schröders Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 42% noch überboten.

Obwohl Merkels Programm schon hart war, wollten sie und einige radikale Wirtschaftsliberale in der Partei noch mehr. Ermutigt von den guten Umfrageergebnissen ernannte sie Paul Kirchhof in ihrem „Kompetenzteam“ zum Zuständigen für Finanzen und versprach ihm den Finanzministerposten.

Paul Kirchhof ist Professor für Steuerrecht an der Universität Heidelberg und ein früherer Vorsitzender Richter am Bundesverfassungsgericht. In einer Reihe von kontroversen Entscheidungen nahm er starken Einfluss auf Deutschlands Steuerrecht. Am bekanntesten ist wohl der von ihm eingeführte „Halbteilungsgrundsatz“, der bestimmt, dass die Steuerlast 50% des Jahreseinkommens nicht übersteigen darf. Da dieses Prinzip Einkommen- und Vermögensteuer gleichermaßen umfasst, engt es stark die Möglichkeit der Umverteilung über das Steuersystem ein. Obwohl der Halbteilungsgrundsatz in der deutschen Rechtsdiskussion stets umstritten war, beschränkte er doch stark die Kreativität der SteuerpolitikerInnen. Zu groß ist die Angst, dass ein beschlossenes Steuergesetz vom Verfassungsgericht kassiert wird. Nach Kirchhofs aktiver Richterzeit wurde er „Hobby-Steuerreformer“ und warb über 5 Jahre für die Einheitssteuer. Dabei verbreitete er nicht nur die Idee, sondern brachte eine Gruppe liberaler Steuerexperten zusammen, die einen Entwurf für ein neues Einkommens- und Unternehmensteuerrecht schrieb. Als charismatische Person mit Nähe zu den christlichen Kirchen schaffte er es, eine Menge politische Unterstützung für seine Vorschläge zu organisieren.

Sein Vorschlag besteht aus drei zentralen Ideen. Erstens, möchte Kirchhof den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 25% senken. Zweitens, plant er mehr oder weniger alle steuerlichen Ausnahmvorschriften zu streichen. Drittens, will er zwei tiefere Steuersätze für niedrige Einkommen einführen, um sein Programm sozial weniger brutal zu machen. Diese Maßnahme würde zu effektiven Durchschnittssteuersätzen bei niedrigen Einkommen führen, die einer progressiven Steuer ähneln. Kirchhofs Vorschlag ist also eine

abgemilderte Form der osteuropäischen Einheitssteuermodelle.

Der Kirchhof-Vorschlag widerspricht sich stark mit dem konservativen Wahlprogramm und verursachte erhebliche Verwirrungen in der öffentlichen Debatte. Welches Konzept würde Kirchhof als Finanzminister verwirklichen? Das der Partei oder sein eigenes? Weiterhin weigerte sich die CDU/CSU Kirchhofs „Streichliste“ der über 400 steuerlichen Ausnahmen zu veröffentlichen, die er gerne abschaffen möchte. Das erhöhte die Unsicherheit weiter. Entscheidend aber war, dass die WählerInnen den Kirchhof-Vorschlag als zutiefst sozial ungerecht ansahen. Während die Mehrheit den Kirchhofschen Kompromiss für die unteren Einkommensgruppen nicht verstanden, kapierte jeder, dass die Reichen nur 25% Spitzensteuersatz zahlen sollten. Die Einheitssteuer wurde einfach als eine weitere Reform angesehen, die die Armen zu zahlen hätten und die Reichen noch besser stellt.

Der Kirchhof-Vorschlag ermöglichte SPD und Grünen nach langem Suchen nach einem Thema eine harte Wahlkampfattacke zu starten und in der sozialen Frage zu polarisieren. Die Meinungsumfragen zeigen stabil, dass mehr als 70% der BürgerInnen den Sozialstaat bewahren wollen. Daher hat die Behauptung der SPD, dass ihre Reformen sozial gerecht sind während die Reformen der Konservativen ein soziales Verbrechen sind, ein großes politisches Potential.

Zu Beginn unterstützte die Mehrheit der bürgerlichen Medien die Einheitsteuer. Aber während der harten öffentlichen Diskussion wurden immer mehr Zweifel laut, die das Misstrauen der WählerInnen immer weiter verstärkten. So hätte Kirchhofs Modell ein jährliches Steuerloch von 20 Milliarden Euro gerissen. Die CDU/CSU konnte nicht erklären, wie sie dies stopfen wollte. Ferner, widerlegten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und Attac Kirchhofs Behauptung, den Reichen würden so viele Steuervergünstigungen gestrichen, dass sie trotz niedrigerer Steuersätze effektiv mehr zahlen würden als heute. Steuerdaten zeigen klar, dass die allermeisten Reichen mit Kirchhof viel besser fahren als mit dem geltenden Steuerrecht. Schließlich, half es in der öffentlichen Diskussion enorm Kirchhofs „flat tax“ mit dem neuen Begriff „Einheitssteuer“ zu belegen. Während „flat tax“ irgendwie „angelsächsisch modern“ klingt, wirkt „Einheitssteuer“ als altbacken und riecht nach Gleichmacherei.

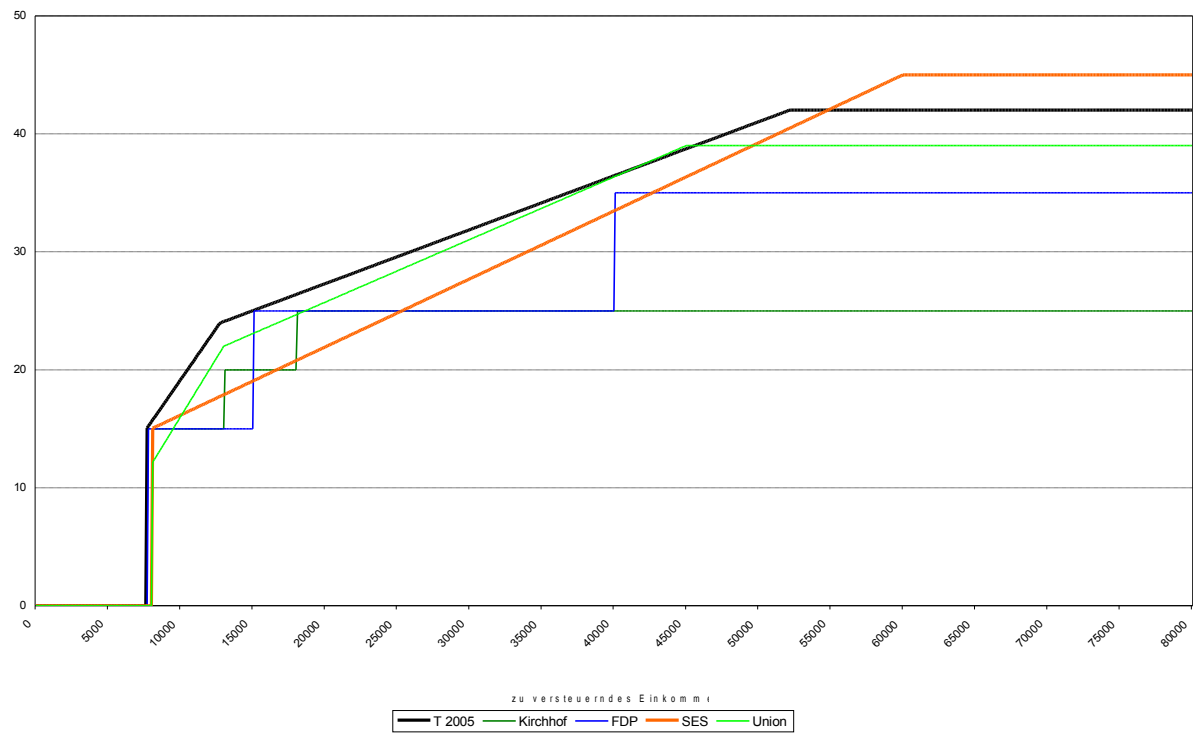
Am Wahltag des 18. September, zwei Wochen nach Kirchhofs Berufung ins Kompetenzteam, verloren Merkmals Konservativen 8% and erreichten mit 35,2% ein schlechteres Ergebnis als Helmut Kohl 1998, das als historische Niederlage der CDU/CSU galt. Zwei Tage nach den Wahlen erklärte Kirchhof seinen Rückzug aus der Politik. Hoffentlich wird es wenigstens zwei Jahrzehnte dauern bis eine politische Partei wagt, in Deutschland wieder eine Einheitssteuer vorzuschlagen.

Was können Aktive in Sachen Steuergerechtigkeit daraus lernen?

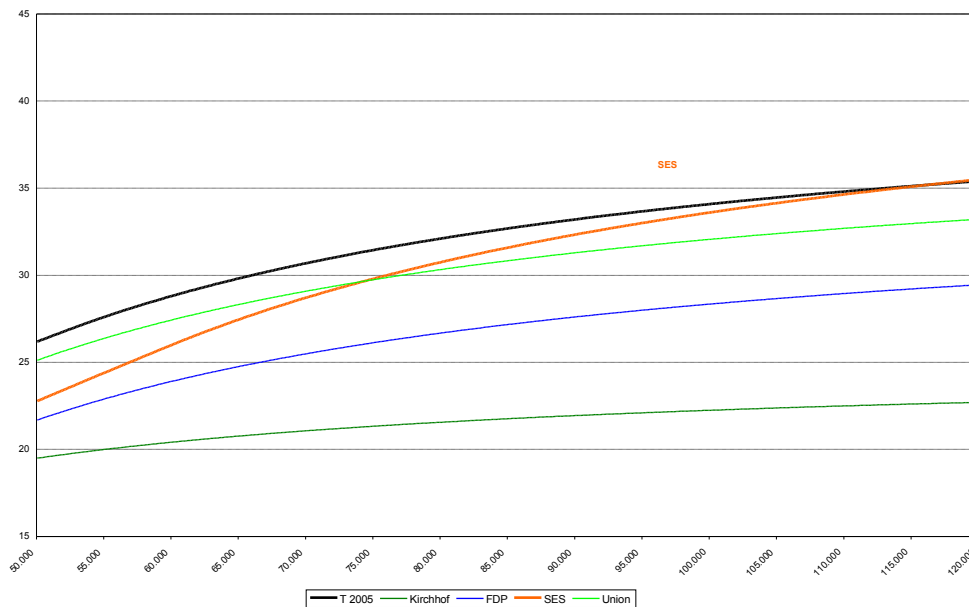
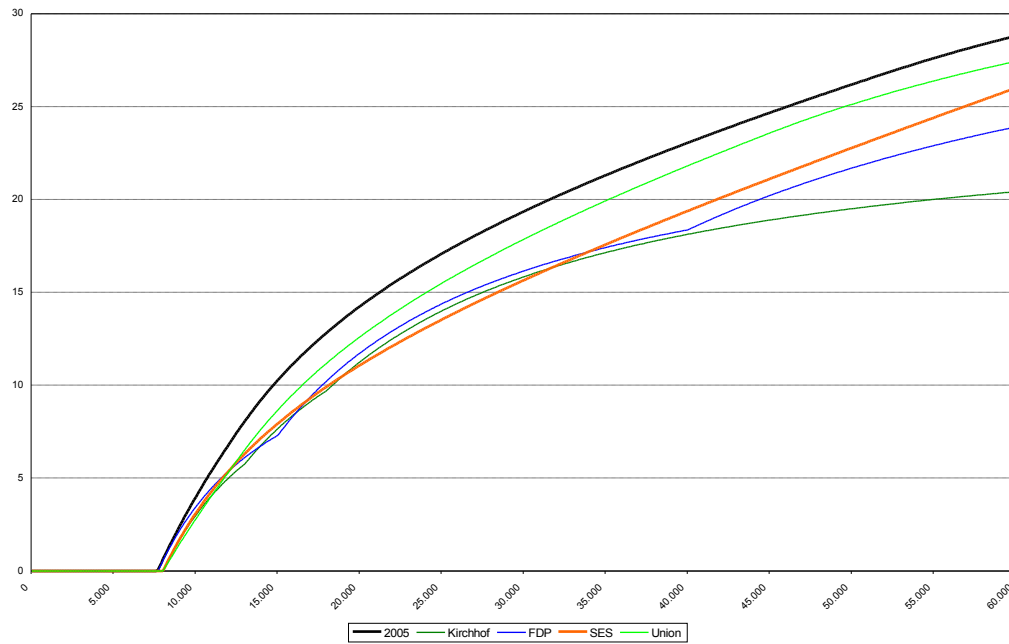
Die sich in Osteuropa ausbreitende Einheitssteuer kann politisch verhindert werden. In westlichen Demokratien ist die Idee der steuerlichen Progression im öffentlichen Bewusstsein tief verwurzelt. Die öffentliche Meinung kann leicht mobilisiert werden, wenn eine breite Koalition von Wirtschaftsforschungsinstituten, Gewerkschaften, Parteien, religiösen Gruppen und die Globalisierungsbewegung ihre jeweiligen Ressourcen in die Waagschale werfen. Die Tatsache, dass jeder den gleichen Steuersatz zahlen soll, ist ein starkes politisches Symbol für Ungerechtigkeit. Eine Ungerechtigkeit, die die Mehrheit in Deutschland nicht akzeptiert. Denn die Last 25% zu zahlen ist für BezieherInnen mittlerer Einkommen ungleich höher als für solche mit hohem Einkommen. Zudem hat es der Einheitssteuer nicht genützt, dass viele WählerInnen den Unterschied zwischen gleichen Steuersätzen (Einheitssteuer) und gleichen Steuerzahlungen (Kopfsteuer) nicht kennen. Die deutschen Einheitssteuerwahlen zeigen, dass

die Öffentlichkeit auch im eher abstrakten Bereich der Steuerpolitik mobilisierbar ist. Das gilt insbesondere dann, wenn der neoliberale Angriff so symbolisch ist, wie die Einheitsteuer. Die Befürworter der Einheitsteuer behaupten, dass ihre Idee wirtschaftliches Wachstum fördert und die niedrigen Steuersätze nötig seien, um im harten internationalen Steuerwettbewerb mitzuhalten. Beide Behauptungen sind leicht widerlegbar. Es existiert keine Studie die einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Höhe der Spitzensteuersätze der Einkommenssteuern und wirtschaftlichen Wachstum oder Beschäftigungsquote nachweist. Internationaler Steuerwettbewerb dagegen ist eine Tatsache. Solange allerdings die gleichen politischen und wirtschaftlichen Eliten, die für niedrigere nationale Steuersätze werben, nicht ernsthaft gegen internationale Steuerflucht und Steuerwettbewerb vorgehen, bleibt ihr Argument unüberzeugend und unglaubwürdig.

Sven Giegold, Attac Deutschland



Graph 1: Marginal income tax rates of different tax reform proposals depending on the taxable income (Attac/verdi 2005: Solidarische Einfachsteuer, 2. Auflage).



Graph 2: Average income tax rates depending on taxable income according to different income tax reform proposals (Achim Truger, IMK).